

Motion SVP-Fraktion:**«Politischer Agitation durch Ausländer vorbeugen**

Nach der Abschaffung einer gesamtschweizerischen Bewilligungspflicht zeigt sich in der Zwischenzeit, dass die Gefahr der politischen Agitation aufgrund der grossen Zuwanderung, aber auch der in vielen Ländern schwelenden Konflikte, heute wieder akuter ist als vor einigen Jahren. Die gewalttätigen Demonstrationen in den Pariser Vororten, aber auch Demonstration in der Schweiz haben gezeigt, wie gross das Potential für politische Angriffe gegen den Rechtsstaat ist. Auch die Schweiz hat negative Erfahrungen gemacht, von den Aktivitäten von Organisationen (z.B. UCK) bis hin zu Einzelpersonen, welche öffentlich die Steinigung von Ehebrecherinnen propagieren. Dieser wachsenden Gefahr könnte mit einer Bewilligungspflicht präventiv begegnet werden.

Die Regierung wird deshalb aufgefordert, eine kantonale Gesetzesvorlage auszuarbeiten, wonach Ausländer unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus in der Schweiz vor einer öffentlichen Rede eine Bewilligung der Kantonalen Behörde einzuholen haben, und wonach diese Bewilligung verweigert wird, wenn eine Störung von Ruhe und Ordnung oder gar eine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit zu befürchten ist.»

3. April 2006

SVP-Fraktion